



Neustädter Kreisblatt.

Preis 3,50 Mark für
das Halbjahr einschl.
der Zeitungsgebühr.

Neustadt, den 18. November 1920.

Erscheint wöchentlich (Donnerstag).
Inf.-Gebühr für die ein-
spaltige Zeitungszeile 80 Pf.

Verordnungen und Bekanntmachungen.

Erhebung von Verzugszinsen von rückständiger Einkommensteuer im Rechnungsjahr 1920.

(R.-F.-Bl. S. 436.)

Auf Grund des § 444 Abs. 3 der A. O. wird zur Durchführung des § 104 A. O. für die Ueber-
gangszeit folgendes bestimmt:

Verzugszinsen für nicht rechtzeitig gezahlte Einkommensteuer sind nur zu erheben

1. wenn der fällige Steuerbetrag länger als einen Monat vom Fälligkeitstag ab im
Rückstande geblieben ist und
2. wenn die Verzugszinsen den Betrag von 5 Mark übersteigen.

Als Fälligkeitstag gilt gemäß § 42 des Einkommensteuergesetzes der 15. Mai, 15. August, 15. No-
vember und 15. Februar oder wenn die Steueranforderung erst nach diesen Zeitpunkten erfolgt, die im
Steueranforderungsschreiben festgesetzte Zahlungsfrist. Unter angeforderter Jahressteuer ist nicht nur
das durch Veranlagung festgesetzte Jahressteuerfoll, sondern auch die vorläufige Steueranforderung auf
Grund des § 58 Abs. 2 und 7 des Einkommensteuergesetzes (in der Fassung des Gesetzes zur Durch-
führung des Einkommensteuergesetzes vom 31. März 1920) zu verstehen. Bei Berechnung der Verzugs-
zinsen ist 5 % vom fälligen Steuerbetrag zu rechnen und das Jahr zu 360 Tagen, der Monat zu
30 Tagen anzunehmen; der Tag, an dem die Zahlung erfolgt, ist bei Berechnung der Zahl der Tage
nicht mitzuzählen. Die errechneten Verzugszinsen sind auf 10 Pfennige nach unten abzurunden.

Die Verzugszinsen sind im Einnahmehuch über Einkommensteuer in einer besonderen Spalte nach-
zuweisen; in der Bemerkungsspalte des Einnahmehuches ist die für die Berechnung der Verzugszinsen
in Betracht kommende Zeit kurz zu vermerken. In den Einnahmehuchweisen und Uebersichten und
den Rassenbüchern sind die Zinsen mit der Steuer in einer Summe aufzuführen.

Berlin, den 14. Oktober 1920.

Der Reichsminister der Finanzen.

Im Auftrage: o. Laer.

Obenstehenden Erlaß bringe ich den Ortsbehörden zur Kenntnis. Die Gebestellen sind zu benach-
richtigen. Für die Steuerbeträge der ersten beiden Vierteljahre des Rechnungsjahrs 1920 gilt als
Fälligkeitstag der 15. November 1920.

Neustadt O.S., den 5. November 1920.

Das Finanzamt.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 2 der Verordnung des Reichsministers des Innern vom 15. September 1920,
betreffend das Verfahren zur Feststellung der Entschädigungen auf Grund des Gesetzes über die durch
innere Unruhen verursachten Schäden (Reichs-Gesetzbl. S. 1647) errichte ich mit Ermächtigung des
Ministers des Innern für das Gebiet des unbesetzten Teiles des Regierungsbezirks Oppeln einen

Ausschuß zur Feststellung von Entschädigungen für Aufwandschäden.

Dieser Ausschuß, dessen Sitz Reiffe ist, wird dem dortigen Magistrate angegliedert.

Ich ernenne

1. zum Vorstehenden
Oberbürgermeister Dr. Franke in Reisse,
2. zu seinem Stellvertreter
Ratrat von Ellerts in Reisse,
3. zu ordentlichen Mitgliedern
 - a) Amtsgerichtsrat Musenberg in Reisse,
 - b) Kaufmann Franke in Reisse,
 - c) Schneidermeister Schwede in Reisse,
 - d) Stadtoerordneten, Depotarbeiter Klein in Reisse,
 - e) Maurermeister Hartisch in Neustadt D.-S.,
 - f) Rittergutsbesitzer Alnoch in Schmefeldorf, Kr. Reisse,
4. zu ihren Stellvertretern
 - a) Landgerichtsrat Klust in Reisse,
 - b) Architekt Fehler in Reisse,
 - c) Tischlermeister Reimann in Reisse,
 - d) Maurermeister Iwan in Falkenberg D.-S.,
 - e) Ratrat z. D., Rittergutsbesitzer v. Tholitz in Wiese gräflich, Kr. Neustadt D.-S.,
 - f) Bürovorsteher Runge in Dittmchau.

Denjenigen Gemeindevorständen, denen gemäß dem Ministerialerlasse vom 25. Mai 1920 — IIg 2827 —, abgedruckt im Amtsblatt Städt 24 S. 197, Schadenmeldungen zugegangen sind, haben diese gemäß § 47 der Verordnung vom 15. September d. Js. an den Feststellungsausschuß abzugeben.

Breslau, den 7. November 1920.

Der Regierungspräsident Oppeln.

Verwaltungsstelle Breslau.

Vitta.

Buch- und lassenmäßige Behandlung der vorläufig zu erhebenden Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920.

Durch Verfügung des Herrn Reichsministers der Finanzen vom 20. August 1920 ist bis zum Erlasse der endgültigen Ausführungsbestimmungen folgendes angeordnet worden:

1. **Alle eingehenden Einkommensteuerbeträge sind von den zuständigen Steuerhebestellen (Finanzhilfsklassen) anzunehmen.** Die Verweigerung der Annahme (z. B. weil die Heberollen noch nicht angelegt oder eingegangen sind) ist nicht statthalt. Ist ohne weiteres zu erkennen, daß die Einzahlung bei einer anderen Steuerhebestelle (Finanzhilfsklasse) zu erfolgen hätte, so ist im Falle persönlicher Einzahlung bei der Steuerhebestelle der Einzahler zu ersuchen, die Einzahlung bei der zuständigen Steuerhebestelle zu machen; soweit möglich, ist dem Einzahler über den Amtssitz der zuständigen Steuerhebestelle Auskunft zu geben.
2. **Das Einnahmeprotokoll ist — soweit nicht bereits in anderer zweckdienlicher Weise angelegt und im Gebrauch — nach Muster 4 der H. R. V. zu führen.** Die durch entwertete Steuermarken entrichteten Steuerbeträge sind zur Vormerkung in einer besonderen (freien) Spalte festzuhalten. Die durch entwertete Steuermarken angerechneten Beträge sind im Einnahmeprotokoll ebenso aufzurechnen, wie die Bareinzahlungen, sie sind aber nicht in die Kassenbücher als Vorkonten zu übernehmen.
3. **Einzahlungen der Arbeitgeber auf Grund des § 13 der „Bestimmungen über die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn für das Rechnungsjahr 1920“ vom 21. Mai 1920 können in einer Summe in das Einnahmeprotokoll übertragen werden.**
Die bei der Steuerhebestelle zurückbehaltene Nachweisung (Muster 3 der genannten Bestimmungen) ist dann als ergänzender Bestandteil zum Einnahmeprotokoll zu nehmen. Die Nachweisung bildet die Grundlage für die Übertragung der einzelnen Posten in die Heberolle.
4. **Die Steuerhebestellen (Hilfsklassen) haben sowohl die bar eingegangenen Einkommensteuerbeträge als auch die angerechneten entwerteten Steuermarkenblätter an die Finanzkasse abzuführen.**
5. **Die zum Einnahmeprotokoll (Muster 4 der H. R. V.) erforderlichen Formulare sind bei der Finanzkasse im Gerichtsgebäude in Empfang zu nehmen.**
6. **Nach § 11 der H. R. V. sind die eingegangenen Steuerzahlungen einschließlich der Steuermarken, sobald sie den Gesamtbetrag von 1000 Mk. übersteigen, in abgerundeten Beträgen (von 100 Mk.) an die Finanzkasse abschlagsweise abzuliefern.**

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Hälfte der eingegangenen Reichseinkommensteuern nur für die ersten beiden Steuerdritteljahre (April — September 1920) zurückbehalten werden dürfen. Die Hälfte der von der Finanzkasse von einzelnen Steuerpflichtigen der Gemeinden (Beamten) für die ersten beiden Steuerdritteljahre bereits vereinnahmten Steuern wird den Gemeinden von der Finanzkasse in nächster Zeit überwiesen werden.

Neustadt D.S., den 13. November 1920.

Das Finanzamt.

Getreide-Ausdruck und Ablieferung.

Nr. 492.

Anordnung.

Auf Grund des § 5 der Reichsgetreideordnung ordne ich hiermit für den Bereich des unbefestigten Kreisteiles an, daß sämtliches Getreide mit der größten Beschleunigung ausgedroschen wird, und daß die ausgedroschenen Mengen, soweit sie nicht zu Saat und Selbstversorgung zurückbehalten werden dürfen, **sofort dem Kommunalverband abgeliefert werden.**

Gemäß höherer Weisung muß gegen diejenigen, die sich dieser Verpflichtung entziehen, mit nachstehenden Maßnahmen eingeschritten werden:

1. Auftrag an die Gemeinde, gemäß § 6 der Reichsgetreideordnung den Ausdruck mit den Mitteln des Betriebes des Verpflichteten auszuführen.
2. Enteignung der erdroschenen Vorräte gemäß § 43 der Reichsgetreideordnung.
3. Entziehung des Rechtes der Selbstversorgung gemäß § 71 der Reichsgetreideordnung.
4. Gerichtliche Bestrafung gemäß § 80 Abs. 1 Ziffer 12 der Reichsgetreideordnung.

Benachrichtigungsschreiben über die Höhe der Mindestablieferungsschuld werden den einzelnen Betrieben in den nächsten Tagen durch die Gemeinden zugehen.

Dies ist auf ortsübliche Weise bekanntzumachen.

Neustadt O.S., den 10. November 1920.

Der Vorstehende des Kreisamts.

Nr. 493. Ausstellung von Mahl- und Schrotkarten auf die Firmen A. Ulrich in Neustadt O.S. und A. Heißig in Krewitz.

Die Reichsgetreidestelle hat den Firmen A. Ulrich (Inh. A. Walthart), Niedermühle, in Neustadt O.S., und A. Heißig in Krewitz die Genehmigung zur Verarbeitung von Selbstversorgergetreide erteilt.

Die Ortsbehörden werden ersucht, dies bei der neuen Ausstellung von Mahl- und Schrotkarten zu berücksichtigen.

Dies ist auf ortsübliche Weise bekanntzumachen.

Neustadt O.S., den 13. November 1920.

Der Kreisamtschef. Kreisgetreidestelle.

Nr. 494. Betriebssteuerveranlagung für 1920.

Die Ortsbehörden erhalten in Kürze:

1. die Betriebssteuerzuschriften,
2. Auszüge aus der Nachweisung für die in ihrem Bezirke zu erhebenden Betriebssteuern für das Rechnungsjahr 1920.

Ich ersuche, die Steuerzuschriften dem Steuerpflichtigen umgehend gegen Behändigungsschein anzustellen. Die Zustellungslisten beziehungsweise Behändigungsscheine sind mir bis 1. 12. einzusenden. Gemäß Artikel 8 der Betriebssteuer-Anweisung vom 5. 3. 1894 ist die Betriebssteuer binnen 2 Wochen nach erfolgter Behändigung der Steuerzuschriften in einer Summe von dem Pflichtigen an die Hebestelle zu entrichten. Von der Hebestelle ist die Betriebssteuer bis zum 31. Dezember d. J. an die Kreiskommunalkasse abzuführen. Die Auszüge aus der Betriebssteuernachweisung sind nach Verichtigung des Heberegisters bis zum 1. 12. hierher zurückzureichen.

Neustadt O.S., den 11. November 1920.

Der komm. Landrat.

Nr. 495. Steuerabzug von dem Lehrereinkommen.

Da den an den preussischen Volksschulen beschäftigten Lehrern und Lehrerinnen einschließlich der ausbildungs- und vertretungsweise beschäftigten Lehrkräfte das Grundgehalt von den Schulverbänden (Kommunalkassen), dagegen die Teuerungs-, Kinderzulagen usw. aus der Staatskasse gezahlt werden, ist wegen Freilassung des nicht dem Steuerabzuge unterworfenen Arbeitslohnes (§ 1 Abs. 1 und 2 der vorläufigen Bestimmungen vom 28. Juli 1920 zur Ausführung des Gesetzes zur ergänzenden Regelung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn, vom 21. Juli 1920, abgedruckt im Zentralblatt S. 1337 ff.) nach den Bestimmungen des § 1 Nr. 7 a. a. D. sinngemäß zu verfahren.

Es hat demnach die Kasse, die das Grundgehalt zahlt, die im § 1 Abs. 1 und 2 angegebenen Beträge vom Steuerabzuge freizulassen, während die Kasse, die die Zulagen usw. zahlt, nach § 1 c der genannten Bestimmungen bei jeder Zahlung 10 vom Hundert des auszahlenden Betrages einzubehalten hat.

Die Schulvorstände wollen von Vorstehendem Kenntnis nehmen.

Neustadt O.S., den 13. November 1920.

Der komm. Landrat.

Nr. 496. Staats- und Gemeindesteuern der Kriegsgefangenen.

Der Herr Reichsminister der Finanzen macht darauf aufmerksam, daß auch die Kriegsgefangenen verpflichtet sind, Staats- und Gemeindesteuern im gleichen Maße wie die freien deutschen Arbeiter zu zahlen. Es ist ihnen daher ein Betrag von 10% vom Lohne einzubehalten und die Zahlung der Steuer durch Einkleben von Steuermarken in Steuerkarten zu bewirken.

Die Ortspolizeibehörden werden ersucht, die Arbeitgeber, die Kriegsgefangene beschäftigen, hierauf hinzuweisen.

Neustadt O.S., den 12. November 1920.

Der komm. Landrat.

Nr. 497. Nachtragsumlagen der Landgemeinden.

Die Herren Gemeindevorsteher derjenigen Landgemeinden, welche für das Rechnungsjahr 1919 die Erhebung einer sogenannten 5. Steuervierteljahrsrate oder die Erhöhung des Gemeindezuschlages zu einer der staatlich veranlagten direkten Steuern nach dem 10. März 1920 beschlossen haben, werden ersucht, bestimmt bis zum 30. November 1920 eine Nachweisung nach folgendem Muster hierher einzureichen.

Von den Gemeinden, welche eine sogenannte 5. Steuervierteljahrsrate usw. nach dem 10. März 1920 nicht beschlossen haben, ist statt der Nachweisung eine Fehlanzeige zu erstatten.

Neustadt O.S., den 12. November 1920.

Der komm. Landrat.

Landgemeinde	Berichtigtes Soll der Nachtragsumlagen für das Rechnungsjahr 1919, und zwar				
	Einkommensteuer einschl. der für die Einkommen von nicht mehr als 900 Mk.	Grund- und Gebäudesteuer	Gewerbesteuer	Betriebssteuer	Zusammen
	M.	M.	M.	M.	M.
1	2	3	4	5	6

Zur Ausbringung der Nachtragsumlagen (Spalten 2 — 5) wurden Zuschläge zu den der Gemeindebesteuerung zugrunde liegenden direkten Steuern erhoben, nämlich zu								
der Staatseinkommensteuer	den fingierten Normalsteuersätzen für Einkommen von nicht mehr als 900 M.	der staatlich veranlagten Grundsteuer	der staatlich veranlagten Gebäudesteuer	der staatlich veranlagten Gewerbesteuer in den Klassen				der staatlich veranlagten Betriebssteuer
				I	II	III	IV	
%	%	%	%	%	%	%	%	%
7a	7b	8	9	10	11	12	13	14

Nr. 498.

Ländliche Arbeitsgemeinschaften.

Mit Bezug auf meine an die Ortspolizeibehörden gerichtete Verfügung vom 10. Mai 1919 S. 1458 erinnere ich daran, mir Anzeige zu machen, sobald eine Arbeitsgemeinschaft zur Regelung der Lohnfrage ländlicher Arbeiter gebildet wird.

Neustadt O.S., den 15. November 1920.

Der komm. Landrat.

Nr. 499. Beschäftigung ausländischer Wanderarbeiter im Jahre 1921.

Die Beschäftigung ausländischer Wanderarbeiter in der Landwirtschaft ist in Zukunft gemäß Erlass des Reichsarbeitsministeriums vom 24. Juli 1920 I. B. I. C. 3340/20 und Erlass des Preussischen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 22. Oktober d. Js. I. B. I. A. V. 2016 nur noch mit Genehmigung des zuständigen Landesarbeitsamtes gestattet. Als ausländische Wanderarbeiter gelten sämtliche nicht reichsdeutschen landwirtschaftlichen Arbeiter, die der Legitimierungspflicht unterliegen, mit Ausnahme der russischen Kriegsgefangenen. Alle Arbeitgeber, die im Kalenderjahr 1921 ausländische Wanderarbeiter beschäftigen wollen, werden aufgefordert, bis

spätestens 5. Dezember 1920

an das Landratsamt einen Antrag auf Genehmigung zur Beschäftigung ausländischer Wanderarbeiter einzureichen. Die übrigen polizeilichen Vorschriften hinsichtlich Anmeldepflicht ausländischer Arbeiter werden durch diesen Erlass nicht berührt.

Die Anträge müssen auch Angaben hinsichtlich Anzahl und Geschlecht der zur Beschäftigung notwendigen Ausländer enthalten.

Die Ortsbehörden werden ersucht, Vorstehendes in ortsüblicher Weise bekannt zu machen.

Neustadt O.S., den 15. November 1920.

Der komm. Landrat.

Nr. 500.

U e b e r s i c h t

der Einnahmen der Ergänzungsfleischbeschaukasse des Kreises Neustadt O.-S. für das 3. Vierteljahr des Kalenderjahres 1920.

Namen der Amtsbezirke.	Einnahmen Mk.
Buchelsdorf	15,70
Dittersdorf	48,50
Dittmannsdorf	18,90
Klein Bramsen	67,90
Kunzendorf	33,80
Langenbrück	31,76
Niegersdorf	39,46
Schmitz	55,—
Schnellewalde	58,70
Schweinsdorf	28,80
Wiese gräflich	39,—
Züll, Stadt und Land	9,20
	446,72

Die Herren Amtsvorsteher ersuche ich, diese Rechnung sofort zu prüfen und etwaige Einwendungen bald bei mir geltend zu machen.

Ich mache darauf aufmerksam, daß nach dem neuen Gebührentarif (Preisblatt Stück 40 S. 368) fortan höhere Sätze an die Ergänzungsbeschaukasse abzuführen sind.

Neustadt O.S., den 12. November 1920.

Der komm. Landrat.

Nr. 501. Zahlungen auf das Reichsnotopfer nimmt die Kreissparkasse entgegen.

Die Kreissparkasse (Kreissgirokasse) in Neustadt (Kreishaus) nimmt sowohl bare Zahlungen auf das Reichsnotopfer als auch Kriegsanleihen, Schatzanweisungen und andere Anleihen des deutschen Reiches an Zahlungstatt entgegen.

Ich mache gleichzeitig darauf aufmerksam, daß nach dem Gesetze selbstgezeichnete Kriegsanleihe zum **Vorzugskurse** nur bis zum **31. Dezember 1920** angenommen werden darf.

Neustadt O.S., den 26. Oktober 1920.

Der komm. Landrat.

Kriegsverletztenfürsorge.

Voransichtlich im März nächsten Jahres wird ein staatlicher **Heizerkursus** in Breslau abgehalten werden. Der Kursus dauert 15 Tage. Für die Teilnahme kommen nur bereits in praktischen Betrieben stehende Heizer in Betracht.

Kriegsbeschädigte, die eine Fortbildung in einem solchen Kursus wünschen und dazu geeignet erscheinen, bitten wir, sich alsbald im Landratsamt hier, Zimmer 23, zu melden.

Neustadt O.-S., den 13. November 1920.

Die Fürsorgestelle.

Bekanntmachung.

Zur Ausführung der Verordnung des Staatskommissars für Volksernährung vom 19. Oktober 1920 über die Einführung einer besonderen Erlaubnis für den Ankauf von Kartoffeln in Preußen wird unter Bezug auf § 8 der Verordnung zur Ausführung derselben folgendes bestimmt:

1. Die Konzessionierung des Großhandels geschieht von hier aus durch Erlaubnisscheine. Die Genossenschaften oder Händlerorganisationen reichen Listen ihrer betreffenden Mitglieder an das Oberpräsidium (Provinzialkartoffelstelle) ein; in diese Listen dürfen nur diejenigen Mitglieder aufgenommen werden, welche die Erlaubnis zum Handel mit Lebens- und Futtermitteln vom 24. Juni 1916 (Reichsgesetzbl. S. 581) besitzen. In der Liste ist anzugeben, für welche Umsatzmenge die Erlaubnis und wieviel Nebenkarten beantragt werden; ferner, daß die diesbezüglichen Gebühren bei der Genossenschaftsbank für Betriebsgenossenschaften, Breslau, Junkernstraße 41/43, auf das besondere Konto, Konzessionsgebühren für Kartoffelhandel, Provinzialkartoffelstelle gezahlt sind, und zwar für Mengen von 1000 bis 10000 Ztr. 25,— Mk. Für jede weiteren 10000 Ztr. erhöht sich die Gebühr um 100 Mk. Die Genossenschaften usw. übernehmen die Gewähr für die Richtigkeit der Angaben und Erfüllung der Bedingungen zur Aufnahme in die Liste. Darauf werden die Scheine von hier ausgestellt. Auch die Nebenkarten werden vom Oberpräsidium ausgestellt. Die Nebenkarte muß auf den Namen der Firma ausgestellt werden. Der Name des Ankäufers ist in Klammern dahinter zu setzen. Die Firma haftet für den Ankäufer.
2. Diejenigen Großhändler, die sich nicht in einer Händlerorganisation befinden, haben die Konzessionierung mit Angaben wie bei 1. zunächst bei ihrer Kreiskommunalbehörde zu beantragen. Dieselbe hat zu den einzelnen Anträgen Stellung zu nehmen, insbesondere anzugeben, ob der Betreffende die Handels-erlaubnis gemäß Verordnung vom 24. Juni 1916 besitzt, und reicht die Anträge in SammelListen mit den Angaben wie bei 1. an das Oberpräsidium, Provinzialkartoffelstelle, weiter. Die Kommunalbehörden stellen den Antragstellern namentliche Nachweise aus, daß sie entsprechende Anträge gestellt haben. Die Nachweise gelten vorläufig als Erlaubnis.
3. Die Kleinhändler (als Kleinhändler sind anzusehen, welche Kartoffeln in der Hauptsache in einzelnen Zentnern und Punden unmittelbar an den Verbraucher absetzen und nicht mehr als 1000 Zentner im Jahr verkaufen); die nicht organisiert sind, haben ebenso bei der Kreiskommunalbehörde ihre Anträge zu stellen und erhalten von diesen nach Prüfung, ob sie diesen Handel bereits vor dem Kriege ausgeübt haben, die namentlichen Nachweise, die vorläufig als Erlaubnis gelten. Die Kreiskommunalbehörden haben im Uebrigen ebenso zu verfahren, wie bei 2.
4. Für die in Verbänden zusammengeschlossenen Kleinhändler stellt der Verband namentliche Verbandskarten aus, aus welchen ersichtlich sein muß, daß der Auftragssteller dem Verbannde angehört. Diese Karten gelten vorläufig als Erlaubnis. Bedingung für Ausstellung dieser Karten ist, daß die Antragsteller bereits vor dem Kriege mit Kartoffeln gehandelt haben, und daß ihnen die Erlaubnis zum Handel mit Lebens- und Futtermitteln nicht entzogen ist. Nebenkarten dürfen nicht ausgestellt werden. Händler, die mehr als 1000 Ztr. im Jahr aufkaufen, dürfen nicht in die Kleinhändlerlisten aufgenommen werden. Die Verbände haben Listen über die ausgestellten Karten durch die Kreiskommunalbehörden, welche die Richtigkeit der Voraussetzungen zu prüfen und sich dazu zu äußern haben, an das Oberpräsidium, Provinzialkartoffelstelle, einzureichen. Dieses erteilt die endgültige Erlaubnis. Die Verbände übernehmen die Gewähr für die Richtigkeit der Angaben und der Voraussetzungen zur Aufnahme in die Listen.
5. Die endgültige Entscheidung über alle Konzessionierungen behält sich der Herr Oberpräsident nach gutachtlicher Äußerung eines Ausschusses vor.

Breslau, den 3. November 1920.

Provinzialkartoffelstelle.

Der Vorsitzende.

Zimmer.

(Schluß des amtlichen Teils.)

Anzeiger (Nichtamtlich).

Alte, gesunde Personen

finden Aufnahme gegen mäßige Pensionszahlung im **Stechen-**
hause zu Friedland O.-S.

Friedland O.-S., den 11. November 1920.

Graf Burghauß'sche Stechenhaus-Verwaltung.

Auf Bezugsabschnitt Nr. 66 der grünen und grauen Lebens-
mittellarten entfallen 250 Gramm Teigwaren und 250 Gramm
Nährsuppe.

Auf Bezugsabschnitt Nr. 68 der rosa und gelben Lebensmittell-
arten entfallen 125 Gramm Grieß, 250 Gramm Gaserflocken
in Paketen und 2 Pack Sühmilch-Speise.

Allein-Verkaufspreise:

Teigwaren, das Pfund	5,50 Mr.,
Nährsuppe, das Pfund	0,90 "
Grieß, das Pfund	1,90 "
Gaserflocken, das Paket	1,05 "
Sühmilch-Speise, das Pack	0,55 "

Der Verkauf beginnt Montag den 22. November 1920 für die hiesigen
Kaufleute mit den Anfangsbuchstaben M bis Z, Dienstag den 23. November
1920 mit den Anfangsbuchstaben A bis L.

Die Kaufleute vom Lande wollen sich auf die nächstfolgenden Tage
verteilen.

Neustadt O.-S., den 16. November 1920.

Lebens- und Futtermittelstelle des Kreises Neustadt O.-S.

Lebensmittel-Kommission.

Neustadt-Vogoliner Eisenbahn.

Ab 1. Dezember 1920 werden der Frachtberechnung im Binnen-, Tier-
und Güterverkehr das neue Tariffschema und die neuen Normalbeförderungs-
gebühren der Reichseisenbahn zugrunde gelegt.

Neustadt O.S., den 11. November 1920.

Direktion

Der Neustadt-Vogoliner Eisenbahn-Gesellschaft.

Meißner Kreisbahn.

Die zur Zeit gültige Güterklasseneinteilung des Tier- und Güterverkehrs
bleibt über den 1. Dezember 1920 hinaus bis auf Weiteres bestehen.

Meiße, den 11. November 1920.

Meißner Kreisbahn-Aktiengesellschaft.

Der Vorstand.

Sonntag, den 21. November, Nachmittag 3 Uhr findet eine

General-Versammlung

der Entwässerungsgenossenschaft Grabine

in der Schule behufs Wahl des Vorstehers, der Ausschußmitglieder und
Stellvertreter statt, wozu sämtliche Mitglieder eingeladen werden.

Andreas Hoda.

Motor-Drescher
Breit-
u. Schmal Drescher
mit u. ohne doppelte Reinigung.
Schrot- u. Backmehl-Mühlen
Drillen, Häckler, Rührer, Haus-Back-Ofen
Schneider

Jauche-Pumpen u. Fässer
Planet, Zenit u. Kaha
Separatoren
Wurfmäschinen, Göpel,
u. andere landw. Maschinen
verkauft billig ab Lager Breslau
Kyffhäuserhütte
Breslau, Ofenerstr. 9/93
Große Vorräte vorhanden.
Vertreter gesucht.

Zwangsversteigerung. Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft, die in Ansehung der in Zülz bezw. Schmitz belegenen, im Grundbuche von Zülz (Blatt 475) und Schmitz (Blatt 127, 141 und 142), zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen der verw. Aderbürger Pauline Globisch, geb. Lattka, in Zülz eingetragenen Grundstücke besteht, sollen diese Grundstücke am 18. Januar 1921, vormittags 8 1/2 Uhr durch das unterzeichnete Gericht, an der Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 99, versteigert werden. Das Grundstück Zülz liegt in der Elguthor Vorstadt, Hans 230, besteht aus Wohnhaus nebst abge sondertem Abtritt, Hofraum und Hausgarten, Stallung, Schweinestall, Scheune nebst Ader (Meißner Vorstadt), Adbl. 4, Parzelle 99 und 100 in Größe von 66 a 90 qm mit 11,30 Tlr. Grundsteuerreinertrag und 90 Mark Gebäudesteuernutzungswert, Grundsteuermutterrolle Art. 169, Gebäudesteuervolle Nr. 268. Das Grundstück Schmitz 127 besteht aus Ader und Wiese (in den Plonsky) Adbl. 6, Parz. 27 und 28 in Größe von 99 a mit 9,03 Tlr. Grundsteuerreinertrag, Grundsteuermutterrolle Art. 107. Das Grundstück Schmitz 141 besteht aus Ader (in den Plonsky) Adbl. 6, Parz. 31 in Größe von 50 a 60 qm mit 3,31 Tlr. Grundsteuerreinertrag, Grundsteuermutterrolle Art. 113. Das Grundstück Schmitz 142 besteht aus Ader (in den Plonsky) Adbl. 6, Parz. 37 in Größe von 46 a mit 3,72 Tlr. Grundsteuerreinertrag, Grundsteuermutterrolle Art. 113. Der Versteigerungsvermerk ist am 21. Januar 1920 in das Grundbuch eingetragen. Amtsgericht Neustadt O.-S., den 9. November 1920.

Druckmaschinen werden sauber und preiswert hergestellt in der
Kreisblatt-Druckerei.

Auz- und Brennholz-Verkauf.

Am **Dienstag den 23. Novbr. 1920** früh von 9½ Uhr ab werden im Gasthaus **Voltsgarten** zu Neustadt aus dem Forstrevier Eichhäusel, Tagen 14, 27, 29, 37:

- 172 Stangenhaufen,
- 277 Baumstücken,
- 70 Reisl. III.—IV. Gl.,
- 10 fm Gl., Lä.- u. Kiefernämme,
- 150 Reifighaufen,
- 22 rm Eichenscheit und Knüppel

öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Bezahlung verkauft werden. Die Verkaufsbedingungen werden im Termin bekanntgegeben. Loseinteilungen können durch die städt. Oberförsterei gegen Erstattung von Schreibgebühren bezogen werden.

Neustadt O.S., den 12. Novbr. 1920.
Die städtische Forstverwaltung.

Für die Vereine!

Formulare zum Mitglieds- und Beitrags-Verzeichnis sind vorrätig in der

Kreisblattdruckerei.

Safer, Heu, Stroh

kauft fortgesetzt
Reichsversorgungsamt
Neustadt O.S.

Zahme oder verunglückte

Pferde und Fohlen

hole ich per Wagen
sofort ab.



Hugo Schneider,
Inh. **Adolf Aust,**
Hoffleischerei, Neustadt O.S.
Telefonisch unter Nr. 244 zu erreichen.

Kaufe und zahle die höchsten Tagespreise
für

**Alteisen, Maschinenteile,
Metalle,
sowie für Lumpen und Knochen.**

Sammler erhalten bei mir sämtliche Kurz-
waren und Zwirne.

Ludwig Kascha,

Oberglogau, Reitplatz 86. Telefon 115.

100 Millionen

Mark Versicherungsbestand hat die Schlesische

Provinzial-

Lebensversicherungsanstalt allein aus Schlesien trotz des Krieges
in 8½ Jahren erreicht.

Der beste Beweis

für das ihr allseitig entgegengebrachte Vertrauen.

Neu aufgenommen:

Unfall- und Haftpflichtversicherung

durch die Schlesische Provinzial-Haftpflichtversicherungsanstalt.

Feuer- und Einbruchdiebstahlversicherung

in altbewährter Weise durch die Schlesische Provinzial-Feuersozietät.

— Auskunft erteilt die Geschäftsstelle in Neustadt, Untere Mühlstraße 20. —